

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pf. pro dreispaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger d. ä. d. St.

No. 88.

Dienstag, den 28. Juli

1896.

Bekanntmachung.

Der II. Termin Grundsteuer und der III. Termin städtische Anlage ist bei Vermeidung von Weiterungen in der Zeit vom 1. bis mit spätestens den 15. August an die Stadtkämmerei zu entrichten.

Wilsdruff, am 25. Juli 1896.

Der Stadtrath.
Goerne.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 30. Juli 1896, Nachmittags 6 Uhr
öffentliche Stadtgemeinderathssitzung

in der Bürgermeißter-Expedition, Kammereigebäude 1 Treppe.
Wilsdruff, den 27. Juli 1896.

Der Stadtgemeinderath.
J. B. Goerne.

Holzversteigerung auf Grillenburg Staatsforstrevier.

Im Gasthose zu Grillenburg sollen

Montag, den 3. August d. J. von Vormittags 9 Uhr an,

nachstehende Nutzhölzer, als:

11 harte und 941 weiche Stämme, 30 harte und 112 weiche Klöcher, 2 Km. harte und 26,6 Km. weiche Nuthsichte und 19,4 Km. weiche Nuthknüppel, sowie

im Gasthose zum Sachsenhof bei Klingenberg

Mittwoch, den 5. August d. J. von Vormittags 11 Uhr an

nachstehende Brennholz, als:

0,6 Km. harte und 120,6 Km. weiche Brennscheite, 1 Km. harte und 8 Km. weiche Brennküppel, 4 Km. harte und 1,5 Km. weiche Backen, 1 Km. harte und 4 Km. weiche Aeste, 0,80 Wldhdt. harte und 70,20 Wldhdt. weiches Brennreisig und 173 Km. weiche Brennstücke

versteigert werden.

Näheres enthalten die bei den Ortsbehörden und in den Schankstätten der umliegenden Orte aushängenden Plakate.

Königl. Forstrevierverwaltung Grillenburg und Königl. Forstrentamt Charandt,
am 24. Juli 1896.

Bräsel.

Wolfframm.

Tagesgeschichte.

Berlin, 22. Juli. Schlag auf Schlag erleidet die Sozialdemokratie bei ihren Lohnkämpfen. Vor acht Tagen noch verkündeten die sozialdemokratischen Blätter, der Streik der 800 Hutmacher stünde glänzend, er müsse gewonnen werden, die Fabrikanten seien mirbe; und vorgestern haben im „Schweizergarten“ die Hutmacher den Streik für beendet erklärt, „er sei verloren durch das unmerkwürdige Verhalten eines Theiles der Streikenden und durch die Taktik der beteiligten Fabrikanten, die kein Mittel der Verleumdung gescheut“. Acht Wochen hat der Streik gedauert; im Anfange waren 1500 Personen daran beteiligt, rund 100,000 Mark hat er gekostet und in zahlreiche Familien namenloses Elend gebracht. Der Streik ist aus denselben Ursachen entstanden, wie der in Kottbus; die Fabrikanten hatten sich zusammengethan, weil sie sich den Terrorismus der Arbeiter, die namentlich in dem Hutmacherverein ihre Stütze fanden, nicht gefallen lassen wollten; es blieb ihnen schließlich nichts weiter übrig, als ihre Fabriken zu schließen. Nun erhob die Sozialdemokratie ein mächtiges Geschrei wegen der Maßregelung, der Streik wurde für einen offiziellen erklärt; die ganze Sozialdemokratie Berlins wurde zu Gunsten der Ausgeschlossenen Niederlage hatten bekanntlich die Musikinstrumentenmacher in Kottbus; von beiden Gewerkschaften sind immer noch mehrere Hundert ohne Arbeit. Zwölf Wochen streikten bereits die Metallarbeiter, im Ganzen 400 Mann, sie wurden immer noch wegen der Maßfeier für etliche Tage ausgeschlossen und haben dann als Antwort darauf die definitive Freigabe des 1. Mai verlangt. 60,000 Mark hat der Streik bisher im Guldengeld, und er ist verloren, ebenso wie der der Arbeiter im Guldengeld, der schon sieben Wochen dauert; länger sich hinzieht; die Zahl der Streikenden beträgt insgesammt 800 Mann. Eine genaue Feststellung der Summen, welche die sozialdemokratischen Streiks in diesem Jahre verschlungen, läßt sich ja nicht geben; man wird aber nicht

fehlgehen, wenn man 750,000 Mark als Minimalsumme festhält, da selbstverständlich die Streikenden als Unterstützung nur etwa ein Drittel des sonst verdienten Wochenlohnes erhalten haben (in den letzten Wochen des Streikes wurden nur wenige Mark ausgezahlt), so sind über zwei Millionen Mark an Arbeitslohn ausgefallen. Ein großes sozialdemokratisches Sängerfest, wie es Berlin wohl kaum gegeben, wird sie dafür entschädigen. Auf dem Terrain, der Brauerei Bichelsdorf werden am 9. August 225 Gesangsvereine mit 4500 Sängern sich vernehmen lassen; und zum Schluß wird auch der sozialdemokratische Arbeiterbündel, der das Fest arrangirt, einen Festzug veranstalten.

Dem Besuche des deutschen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe am Hoflager des Kaisers Franz Josef in Aschl ist der angebliche Besuch des österreichischen Ministers des Aeußeren Grafen Goluchowski in Alt-Aussere ziemlich rasch gefolgt. Bei der einen wie bei der anderen Begegnung handelte es sich in erster Linie wohl um den selbstverständlichen Austausch von Höflichkeiten, der zu den alltäglichen Erscheinungen des Hof- und staatsmännischen Lebens gehört, in beiden Fällen aber ist der politische Charakter der sich Begegnungen von den Persönlichkeiten nicht zu trennen und allen dieser Anstand würde genügen, den Gesandten in Aschl und in Alt-Aussere auch eine politische Bedeutung beizumessen. Im Hintergrund dieser Begegnungen stehen die engen politischen Beziehungen der von den Persönlichkeiten vertretenen und vertretenen Staaten, die ihren fest formulirten Ausdruck in dem Vertrage des Dreibundes finden. Sobald daher Vertreter des deutschen Reiches und des uns verbündeten Donaufstaates miteinander in sichtbaren engeren Verkehr treten, ist es nur zu begreiflich, wenn die Fragen der großen Politik im Zusammenhang mit dieser an sich wenig überraschenden Thatsache lebhafter erörtert werden, als sonst. In dem Zusammenreffen der beiden Staatsmänner der führenden Dreibundsmächte wird überall eine Beträchtigung der nahen Beziehungen der Personen selbst und des ungetriebenen Bestandes der Idee des Dreibundes und der scharf umgrenzten Form, in

der sie lebendig ist, erblickt werden. Alles, was darüber hinaus über den Inhalt des Gespräches zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Grafen Goluchowski in die Öffentlichkeit gebracht wird, ruht auf dem unsicheren Boden der Vermuthung, der freilich von der Presse um so lieber betreten wird, so spärlicher die Ergebnisse der laufenden Tagespolitik dem Anspruche der Leser auf politische Unterhaltung entgegenkommen.

Auch die diesjährigen Berichte der Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren lassen erkennen, daß die verschärften Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Kindern in Fabriken zweischneidig sind. So erfreulich es an und für sich ist, daß die Gewerbeordnungs-Novelle vom 1. Juni 1894 die Wirkung gehabt hat, die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder unter 14 Jahren mehr und mehr zusammenschmelzen zu lassen, so läßt sich andererseits doch nicht verkennen, daß dieser Wechsel der Verhältnisse keineswegs immer und überall im Interesse der Kinder liegt. Im vergangenen Jahre wurden nur noch 802 Kinder unter 14 Jahren in Fabriken beschäftigt. Trotzdem ist es eine von allen Sachverständigen zugegebene Thatsache, daß die gewerbliche Ausnutzung der Kinder eher im Steigen als im Sinken begriffen ist. An die Stelle der Fabrikarbeit ist eben das Kleingewerbe und namentlich die Hausindustrie getreten. Auch im vergangenen Jahre haben sich auf Grund dieser Beobachtung zahlreiche Gewerbeaufsichtsbeamte mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise etwa Kinder, die in Fabrikbetrieben keine Aufnahme fanden, anderwärts beschäftigt worden sind. Alle sind zu dem Ergebnisse gelangt, daß diese Kinder in Kleingewerbliche, vor Allem aber in hausindustrielle Betriebe aufgenommen worden sind. Alle Gewerbeaufsichtsbeamten, die dieser Frage näher getreten sind, konstatiren aber auch, daß die Beschäftigung dieser Kinder, weil sie den Schutzbestimmungen des § 135 der Gewerbeordnung nicht unterworfen ist, die geistige und körperliche Entwicklung ungünstig beeinflusst. Diese Thatsache wird von verschiedenen Gewerbeaufsichtsbeamten mit genaueren Daten belegt. Es kann also nicht bestritten werden, daß die Befürchtungen, welchen bei der